

RESi - Regional E-Mobility Step

EIN PROJEKT VON OLÉ - ÖSTERREICHS LEITSTELLE FÜR ELEKTROMOBILITÄT
IN KOOPERATION MIT KLIMAAKTIV MOBIL

HANDLUNGSANSÄTZE FÜR GEMEINDEN & REGIONEN

EINLEITUNG

Für Gemeinden, die Ladeinfrastruktur aufbauen möchten, ist es oft schwierig, den besten Ansatz für die Initiierung von Ladeinfrastrukturprojekten zu finden. Es fehlt häufig an Klarheit darüber, welche Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen und wie die Rolle der Gemeinde und der Region im gesamten Prozess definiert werden kann.

Dieses Informationsmaterial soll vier Ausbauszenarien präsentieren, um verschiedene Handlungsoptionen für Gemeinden und lokale Umsetzer:innen aufzuzeigen und die möglichen Rollen der Gemeinden im Errichtungsprozess darzulegen.



Warum Ladeinfrastruktur in der Gemeinde?

Die Gemeinde kann entscheidend zum Ladeinfrastrukturausbau vor Ort beitragen. Sie kann die Entwicklung steuern, moderieren und koordinieren - ohne selbst als Betreiberin aufzutreten.

Da die Gemeinde genaue Kenntnisse der lokalen Gegebenheiten besitzt, stellt sie eine wichtige Akteurin dar. Mit kommunalem und regionalem Ausbau kann abseits der Hauptverkehrsachsen eine Grundversorgung geschaffen werden. Dadurch kann sie einen aktiven Beitrag zu Energiewende leisten. Als zusätzlichen Nebeneffekt können sich die Ladestationen positiv sowohl auf die Wirtschaft, als auch auf das Image der Gemeinde auswirken.

Handlungsoptionen für Gemeinden

1

Eigenständige Umsetzung durch die Gemeinde

Situation: Die Gemeinde hat sich intensiv mit dem Bau von Ladeinfrastruktur beschäftigt, sieht es notwendig an und möchte den Ausbau eigenständig übernehmen.

Lösung: Dank ausreichenden finanziellen Mittel und personellen Ressourcen ist die Gemeinde in der Lage, die Ladeinfrastruktur eigenständig zu planen, zu finanzieren, zu errichten und zu betreiben. Durch die Standortanalyse konnte die Gemeinde geeignete Grundstücke identifizieren, die sich in ihrem Besitz befinden und optimal für den Ausbau der Ladeinfrastruktur geeignet sind. Die Möglichkeit einer Kooperation mit lokalen Stakeholder:innen wurde geprüft, jedoch entschied sich die Gemeinde aufgrund ihrer Expertise und Kapazitäten für die Eigenverantwortung. Die Abrechnung kann im Betrieb von einem externen Anbieter übernommen werden.

2

Die Gemeinde kümmert sich aktiv um den Ausbau der Ladeinfrastruktur durch CPOs

Situation: Die Gemeinde hat sich intensiv mit dem Bau von Ladeinfrastruktur beschäftigt und möchte einen aktiven Teil beitragen.

Lösung: Obwohl die finanziellen Mittel und personellen Ressourcen begrenzt sind, zeigt sich die Gemeinde entschlossen, das Projekt voranzutreiben. Die Gemeinde wählt den Weg der Zusammenarbeit mit erfahrenen Akteur:innen und CPOs. Der erster Schritt ist die Durchführung einer Bedarfs- und Standortanalyse. Diese ermöglicht es den konkreten Ladeinfrastrukturbedarf zu ermitteln und geeignete Standorte zu identifizieren. Die Gemeinde verfügt über Flächen, die sich optimal für die Errichtung von Ladeinfrastruktur eignen. Diese Flächen bieten die Grundlage, um in Gespräche mit potenziellen Partnern einzutreten. Es wird ein CPO beauftragt, die Ladestation am geeigneten Standort errichten und gegebenenfalls betreiben. Dabei können flexible Modelle entwickelt werden, die den individuellen Bedürfnissen und Möglichkeiten der Gemeinde gerecht werden.

3

Errichtung von öffentlicher Ladeinfrastruktur in Kooperation mit lokalen Stakeholder:innen

Situation: Die Gemeinde sieht die Notwendigkeit von Ladeinfrastruktur, möchte den Ausbau jedoch nicht selbst übernehmen. Einige Unternehmen in der Gemeinde sind bereits aktiv mit dem Ausbau beschäftigt.

Lösung: Die Gemeinde initiiert für den Ladeinfrastrukturausbau bei einem Stakeholdertreffen Kooperationen, da sie auf die Kompetenz der Unternehmen setzt und nicht selbst als Betreiberin auftreten will.

Mögliche Kooperationspartner je nach lokalen Gegebenheiten:

- Einzelhandelsunternehmen, Nahversorger
- Betriebe, Unternehmen
- Hotellerie, Gastronomie,
- Tourismusbetriebe (z. B. Bergbahnen, ...)

4

Gemeinde stellt die Fläche bereit

Situation: Die Gemeinde beschäftigt sich neu mit dem Thema. Aufgrund fehlender personeller Ressourcen und finanzieller Mittel kann sie weder Ladeinfrastruktur finanzieren, noch Zeit für Stakeholder:innen-Management aufwenden.

Flächenidentifikation: Im Sinne einer nachhaltigen Mobilitätsstrategie der Gemeinde, schaut diese jedoch, dass Flächen für den Ausbau zur Verfügung stehen und trägt diese auf Ladegrund.at* ein. Wenn die Gemeinde selbst nicht im Besitz von geeigneten Grundstücken ist, versucht sie Privatpersonen zu erreichen und diese zu motivieren, ihre Grundstücke, die sich zum Ladeinfrastrukturausbau gut eignen würden, online einzutragen.

--> Interessierte CPOs sehen diese Flächen und können über die Plattform mit der/dem Anbieter:in in Kontakt treten

Lösungsansatz: Stammtisch mit Gemeindevertreter:innen, Stakeholder:innen und Grundstückseigentümerinnen